

12 Forderungen der Arbeiterwohlfahrt (AWO) an den 19. Deutschen Bundestag

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Die Steuereinnahmen sprudeln und die allgemeine Arbeitslosigkeit hat einen Tiefststand erreicht. Selten waren die finanziellen Ausgangsbedingungen so günstig wie heute. Andererseits profitieren viele Menschen nicht von diesen positiven Rahmenbedingungen. Während hohe Einkommen und Vermögen gestiegen sind, bleiben kleine und mittlere Einkommen zurück. Hinzu kommen Entwicklungen, wie beispielsweise der demografische Wandel und die Digitalisierung, die neue Verteilungsfragen aufwerfen. Der 19. Deutsche Bundestag muss die sozialen Herausforderungen mit Mut und Tatkraft annehmen und den finanziellen Handlungsspielraum für einen weiteren Ausbau unseres Sozialstaates nutzen. Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) stellt hierfür die folgenden 12 Forderungen:

1. Armut bekämpfen, Verteilungsgerechtigkeit schaffen!

Es muss mehr Verteilungsgerechtigkeit geschaffen werden, indem Armut entschlossen bekämpft sowie hohe Einkommen und Vermögen stärker besteuert werden. Insbesondere müssen die Grundsicherungs- und Sozialhilfeleistungen realitätsgerecht bemessen, eine Kindergrundsicherung eingeführt, die Mietpreisbremse verschärft, bezahlbarer Wohnraum geschaffen und die aus der Digitalisierung folgenden Risiken für eine weitere soziale Spaltung ausgeschlossen werden. Andererseits müssen insbesondere eine Finanztransaktionssteuer eingeführt, die Vermögenssteuer neu geregelt und die Kapitaleinkünfte stärker besteuert werden.

2. Familien fördern und unterstützen!

Das heutige System der monetären Familienleistungen muss zu einem zusammenhängenden, am Lebenslauf orientierten und der Lebenswirklichkeit der heutigen Familien ausgerichteten Gesamtsystem monetärer Familienleistungen weiterentwickelt werden. Ferner muss der qualitative und quantitative Ausbau der Betreuungsangebote im Vorschulbereich weiter vorangebracht und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern eingeführt werden. Das Kooperationsverbot in der Bildung muss aufgehoben werden.

3. Attraktivität der sozialen Arbeit verbessern!

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist die größte Wirtschaftsbranche in Deutschland. Ihr volkswirtschaftliches Potenzial muss ausgeschöpft werden, indem die sozialstaatliche Infrastruktur weiter ausgebaut und das Subsidiaritätsprinzip gestärkt wird. Ferner muss die Attraktivität der sozialen Berufe gestärkt werden. Dabei müssen die digitalen Chancen genutzt werden, ohne dass der

Kontakt von Mensch zu Mensch verloren geht. Um bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung in der sozialen Arbeit zu erreichen, muss insbesondere der Weg zu allgemein verbindlichen Tarifverträgen geebnet werden.

4. Sozialen, inklusiven und humanen Arbeitsmarkt voranbringen!

Viele Menschen, wie zum Beispiel behinderte und langzeitarbeitslose Menschen, profitieren nicht von der guten Arbeitsmarktlage. Sie dürfen nicht abgeschrieben werden! Für langzeitarbeitslose Menschen muss ein niedrigschwelliger Einstieg in den Arbeitsmarkt durch längerfristige, arbeitsmarktnahe Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dabei müssen auch die besonderen Belange von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden. Sowohl der Eingliederungstitel als auch Verwaltungshaushalt der Jobcenter und der Arbeitsverwaltung müssen gut ausgestattet sein. Die Digitalisierung bringt besondere Herausforderungen mit Blick auf einen humanen Arbeitsmarkt mit sich. Dabei sind die hohen Arbeits- und Beschäftigungsstandards zu erhalten und weiterzuentwickeln.

5. Familienzusammenführung ermöglichen, Einwanderung gestalten!

Um auch den subsidiär geschützten Menschen die Integration zu ermöglichen und dem besonderen Schutz der Familien im Grundgesetz gerecht zu werden, müssen die rechtlichen Einschränkungen des Rechts auf Familiennachzug umgehend aufgehoben werden! Ferner muss neben dem Asylrecht und dem Integrationsrecht ein zukunftsorientiertes Einwanderungsgesetz geschaffen werden, das über eine reine Fachkräftesicherung hinausgeht und die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben aller in unserer Gesellschaft regelt.

6. Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung einführen!

Alle Bürger*innen müssen schrittweise in die gesetzliche Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung einbezogen werden. Außerdem müssen alle Einkommensarten verbeitragt und die Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung angehoben werden. Der Zusatzbeitrag muss abgeschafft und die paritätische Finanzierung von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen wiederhergestellt werden.

7. Gute Pflege sicherstellen!

Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die zur Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs erforderliche Mehr an Pflegefachkräften ausreichend refinanziert wird. Ferner müssen die Leistungen der Pflegeversicherung regelmäßig dynamisiert werden.

8. Rentenleistungen ausbauen und Altersarmut verhindern!

Rentenverfall und Altersarmut müssen entschlossen verhindert werden. Deshalb müssen das Rentenniveau verbessert, die Leistungen bei Erwerbsminderung er-

höht und ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen Altersarmut auf den Weg gebracht werden.

9. Schutz von Frauen vor Gewalt verbessern!

Die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss zügig umsetzen. Hierzu gehören auch die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf einen umfassenden und bedarfsgerechten Schutz und Hilfe bei Gewalt gewährt und eine verlässliche Finanzierung der Hilfestrukturen.

10. Rassismus entschieden bekämpfen!

Rassismus und Rechtsextremismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben! Die Politik muss die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus zügig vorantreiben und die hierfür erforderlichen Aufgaben ausreichend finanzieren.

11. Bürgerschaftliches Engagement fördern!

Die Rahmenbedingungen für das Bürgerschaftliche Engagement müssen verbessert werden, insbesondere durch einen Ausbau und eine angemessene Finanzierung der Beratungs-, Vermittlungs- und Qualifizierungsstrukturen. Bürgerschaftliches Engagement ist ein Recht und darf nicht als Lückenbüßer für zusammengestrichene Leistungen instrumentalisiert werden.

12. Europa demokratischer und sozialer gestalten!

Vorrangiges Ziel in der Europapolitik muss sein, das soziale Europa in den Mittelpunkt des europäischen Integrationsprozesses zu stellen. Hierzu muss sich die Politik für europaweite, an den Lebensstandard der Länder angepasste soziale Mindeststandards sowie die finanzielle Ausweitung der EU-Kohäsion- und Regionalpolitik einsetzen.

Die Freie Wohlfahrtspflege leistet mit ihren flächendeckenden Dienstleistungen der Daseinsvorsorge einen entscheidenden Beitrag zum Ausgleich von sozialen Ungleichheiten. Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und vor dem Hintergrund ihres historisch gewachsenen, gesellschaftspolitischen Selbstverständnisses setzt sich die AWO seit bald 100 Jahren für eine Überwindung der sozialen Probleme in unserer Gesellschaft und die Verwirklichung des demokratischen und sozialen Rechtsstaats ein. In diesem Sinne wird sich die AWO auch weiterhin in kritischer und konstruktiver Zusammenarbeit für ihre Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit einsetzen.

Berlin, im November 2017

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.